

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

08.05.2010 /19.20-19.50 Uhr
09.05.2010 /12.30-13.00 Uhr (Wh.)
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndrinfo.de

Inhalt:

- Letzte Chance, weitere Atomstaaten zu verhindern? Auftakt der Überprüfungs-konferenz zum Nichtverbreitungsvertrag, Interview mit Prof. Harald Müller, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
- Hemmnis für Abrüstungsbemühungen? Die neue russische Militärdoktrin
- Reformbremse Zivilbeschäftigte? Warum die verkleinerte Bundeswehr weiterhin zu viele zivile Mitarbeiter hat

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Heute mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Und das sind unsere Themen:

- Letzte Chance, weitere Atomwaffenstaaten zu verhindern? Auftakt der Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag.
- Hemmnis für die Abrüstung? Die neue russische Militärdoktrin. Und:
- Reformbremse Zivilbeschäftigte? Warum die verkleinerte Bundeswehr weiterhin zu viele zivile Mitarbeiter hat.

Die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern - dieses Ziel haben sich viele Staaten auf ihre Fahnen geschrieben. Als ein wichtiges Instrument gilt der Nichtverbreitungsvertrag. Oft wird er auch als NVV oder Atomwaffensperrvertrag bezeichnet. Vor 40 Jahren ist dieser Vertrag in Kraft getreten. Mehr als 180 Staaten haben ihn inzwischen unterzeichnet. Die Atommächte USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich haben sich damals verpflichtet, ihre Nukleararsenale abzurüsten. Im Gegenzug sagten die anderen Vertragsstaa-

ten zu, ihrerseits auf Atomwaffen zu verzichten. Alle fünf Jahre findet eine sogenannte Überprüfungskonferenz statt. 2005 war diese Konferenz allerdings ein Fehlschlag. Denn man konnte sich damals noch nicht einmal auf eine Abschlusserklärung einigen.

Anfang der Woche sind in New York nun erneut Diplomaten aus aller Welt zu einer Überprüfungskonferenz zusammengekommen. Bis Ende des Monats wird darüber verhandelt, wie der Nichtverbreitungsvertrag gestärkt werden könnte.

Professor Harald Müller ist Direktor der Hessischen Stiftung Friedens-und Konfliktforschung. Er ist zugleich Berater des Auswärtigen Amtes und Mitglied der deutschen Delegation in New York. Mit ihm habe ich über die Konferenz gesprochen. Professor Müller spricht allerdings nicht für das Auswärtige Amt. Ich habe ihn zunächst gefragt, ob die Konferenz diesmal erfolgreicher verlaufen wird als vor fünf Jahren:

Interview Flocken / Prof. Harald Müller

Müller: Also die Vorzeichen sind natürlich wesentlich günstiger. Wir hatten zuletzt in den Vorbereitungsausschüssen eine ausgesprochen angenehme Stimmung. Man hat sich auf eine Agenda geeinigt, auf einen zeitlichen Ablauf. Das war alles vor fünf Jahren nicht der Fall. Und wir haben natürlich, und das ist der Grund für diese bessere Stimmung, eine völlig andere amerikanische Administration in Washington, die wirklich nachhaltig daran interessiert ist, diese Sache zu einem guten Abschluss zu bringen und den Vertrag zu stärken. Ich sage aber dazu, es gibt einen großen Stolperstein, der heißt Iran. Denn in einem gemeinsamen Abschlussdokument muss nach den Regeln der Konferenz jeder anwesende Mitgliedsstaat zustimmen. Und es ist eigentlich kein substanzielles Dokument denkbar, das nicht auch sehr kritische Bemerkungen über die iranische Politik enthält. Dem müsste der Iran selbst zustimmen, und damit ist ja nicht zu rechnen.

Flocken: Das heißt, Sie befürchten, dass der Iran die Konferenz blockieren könnte?

Müller: Das ist durchaus ins Auge zu fassen. Der Iran wird einer eigenen Verurteilung nicht zustimmen. Er macht ja schon jetzt seit geraumer Zeit den Ver-

such, eine Art Gegenmacht in dem Nichtverbreitungs-Regime aufzubauen. Das deutlichste Zeichen in jüngster Zeit war die Gegenkonferenz, die er in Teheran zu dem Nukleargipfel in Washington gemacht hat, an der immerhin mehr als 30 Länder teilgenommen haben. Und der Iran wird diesen Versuch der Opposition, der Gegenanklage gegen die Vereinigten Staaten, gegen die Kernwaffenstaaten und Israel, auch in New York jetzt versuchen, in der Hoffnung, so viele Staaten um sich zu scharen, dass ein Konsens am Schluss auf keinen Fall zustande kommt.

Flocken: Neben der Frage des Iran. Wo sehen Sie die Hauptprobleme und Konflikte auf dieser Konferenz. Was sind die Knackpunkte?

Müller: Der traditionelle Knackpunkt Nummer 1 ist immer der Abrüstungspunkt gewesen. Die fünf Nuklearmächte haben nach Artikel 6 des Vertrages die Verpflichtung abzurüsten. Sie haben das bis jetzt in höchst unzureichender Weise getan. Ein trauriger Höhepunkt war die Verweigerung der Bush-Administration und auch der Franzosen im Jahr 2005 das anzuerkennen, was man als konkrete Abrüstungsschritte im Jahr 2000 auf der Überprüfungskonferenz verabredet hatte. Also etwa die taktischen Kernwaffen mit einzubeziehen, mehr Transparenz zu zeigen usw. usf. Und das wird ein riesiger Streitpunkt sein. Präsident Obama hat zwar für eine bessere Stimmung gesorgt und die Rahmenbedingungen verbessert. Wir haben einen neuen Abrüstungsvertrag zwischen Russland und den USA vorliegen. Aber genügt das, um das Misstrauen und die aufgestaute Wut zu überwinden, die sich bei den Blockfreien angesammelt haben? Das wird man sehen. Das wird sehr von dem Verhandlungsgeschick der amerikanischen Delegation abhängen. Dann haben wir als zweites Problem die friedliche Nutzung der Kernenergie. Die Entwicklungsländer haben das Gefühl, dass man sie von der Nutzung abschneiden will, dass man ihnen Dinge verweigern will, Technik verweigern will, die die Industriestaaten benutzen dürfen. Vor allen Dingen Anreicherungen und Wiederaufarbeitung. Und es wird hier darauf ankommen, dieses Misstrauen zu besänftigen und deutlich zu machen, dass die Anstrengungen, die unternommen werden, um diese Techniken zu kontrollieren, und dann nur multilateral zu nutzen, dass diese Anstrengungen für alle gelten, auch für diejenigen, die jetzt im Moment die Technik haben. Und das Dritte ist das Nichtverbreitungsinstrument. Dazu zählt etwa die Frage, was tun wir, wenn ein Staat, der vertragsbrüchig ist, von seinem Rücktrittsrecht Ge-

brauch macht. Nehmen wir das einfach so hin wie im Fall Nordkorea? Oder gehen wir dann dagegen mit Sanktionen vor? Es hängt damit auch die Frage zusammen, wie wir das Verifikationssystem im Vertrag stärken wollen. Da gibt es das sogenannte Zusatzprotokoll, das erweiterte Zugangs- und Inspektionsrechte für die Inspektoren vorsieht. Das möchten westliche Staaten zum Standard machen, das heißt, verpflichtend für alle Nicht-Kernwaffenstaaten. Während die Blockfreien Staaten Nein sagen. Sie sagen: das kann man annehmen oder auch nicht. Und es ist Sache der Souveränität des einzelnen Staates, ob er es will oder nicht. Also da gibt es auch noch diverse Streitpunkte, wo Kompromisse gefunden werden müssen.

Flocken: Sie haben bereits angesprochen, in Artikel 6 verpflichten sich die offiziellen Atomkräfte, also die USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien, ihr Atompotenzial zu reduzieren, ja letztlich ganz abzuschaffen. Zwar gibt es den neuen START-Vertrag, aber letztlich sind die Atomkräfte ihren Abrüstungsverpflichtungen bisher nur unzureichend nachgekommen. Haben die Großmächte trotz eines Obamas in Fragen der atomaren Abrüstung nicht erheblich an Glaubwürdigkeit eingebüßt?

Müller: Das haben sie ganz fraglos. Und leider ist es ja so, dass es sehr viel leichter ist, Vertrauen zu zerstören, als Vertrauen aufzubauen. Unter dieser Asymmetrie leidet im Moment die Obama-Regierung, aber man muss auch wirklich sagen, sie versucht ihr bestes. Und sie muss einen unwahrscheinlichen Drahtseilakt unternehmen zwischen der glaubwürdigen Demonstration, dass es Obama mit dem Ziel der kernwaffenfreien Welt sehr ernst ist, und zugleich der Demonstration nach innen in das amerikanische Sicherheitsestablishment hinein, dass Obama nicht darauf abzielt, die amerikanische nationale Sicherheit zu schwächen. Das in einer Lage, wo in den USA die Republikanische Rechte unverständlicherweise wieder stärker wird. Nach all den immensen Trümmern, die die Bush-Administration dieser neuen Regierung überlassen hat, haben offensichtlich viele amerikanische Wähler schon wieder vergessen, wer an der Misere wirklich schuld ist. Und da war es natürlich für Obama auch ausgesprochen schwer, kühne Schritte nach vorne zu gehen, weil ihm sonst sofort die Republikanische Meute am Rock hängt und ihn beschuldigt, eben die Sicherheit der USA aufs Spiel zu setzen. Ja, das ist sehr schwer für ihn.

Flocken: Hat der Nichtverbreitungsvertrag nicht auch eine Schiefelage? Denn zu den Vertragspflichten der Nichtatomstaaten gehört, dass sie überwacht werden. Umgekehrt gilt das für die fünf offiziellen Atomkräfte allerdings nicht. Das kann doch auf Dauer nicht gut gehen?

Müller: Ja dieser Vertrag ist ungleich. Es gibt nicht so viele internationale Verträge, bei denen das der Fall ist, und der NVV ist unter ihnen der hervorragendste. Der Vertrag ist ungleich, und eben deswegen ist diese Klausel des Artikels 6 ja so wichtig, weil die Abrüstungsverpflichtungen der Großkräfte natürlich eine Perspektive bietet, dass diese Ungleichheit über Zeit verschwindet. Denn in dem Maße wie die Großkräfte abrüsten, kämen sie ja dann auch unter die Regeln der Überprüfung.

Flocken: Aber sie rüsten ja nur unzureichend ab.

Müller: Ja eben, deswegen sage ich ja, dass das der Knackpunkt in der Auseinandersetzung in New York sein wird. Gelingt es den Großkräften, und sind sie bereit, sich auf konkrete Schritte einzulassen mit einem konkreten Zeitplan, der für die nächsten fünf Jahre deutlich macht, dass sie bereits sind in ihre Arsenale einzuschneiden, und das auch verifizieren zu lassen.

Flocken: Aber wenn Sie nur unzureichende Abrüstungsfortschritte feststellen, müsste man dann nicht auch den Vertrag reformieren, strukturell nachbessern? Denn Sie sagen ja selbst: der Vertrag ist ungleich.

Müller: Das können Sie vergessen. Die Art und Weise wie dieser Vertrag verändert werden kann, ist unendlich kompliziert. Sie brauchen zunächst mal eine Mehrheit der Vertragsstaaten, die einer solchen Änderung zustimmt. Und sie brauchen dann die Mehrheit aller Staaten, die zu dem Zeitpunkt der Änderung im Gouverneursrat der Internationalen Atomenergie Organisation IAEA sind. Und diese Staaten müssen auch alle ratifiziert haben bevor die Veränderung in Kraft tritt. Es ist infolge dessen eigentlich viel einfacher, das Regime dadurch zu ergänzen, dass man neue Verträge um den NVV herum verhandelt und abschließt, als den NVV selbst zu ändern. Also die Vertragsväter hatten offensichtlich im Sinn, dass der Vertrag möglichst nicht verändert wird.

Flocken: An welche neuen Verträge denken Sie denn?

Müller: Eine Serie von START-Verträgen, wenn Sie etwa daran denken, dass wir nach dem jetzigen Vertrag sehr bald einen haben könnten, der die Zahl aller Sprengköpfe in russischer und amerikanischer Hand auf 2.000 herunterge-

setzt, die der strategischen auf 1.000. Das ist der Punkt, an dem China und auch Frankreich und England gesagt haben, dass sie an diesem Punkt in Erwägung ziehen, selber auch in die nukleare Abrüstung einzusteigen, und selbst Verpflichtungen zu übernehmen, die dann auch überwacht würden. Wenn in Genf die pakistanische Blockade gegenüber einem Vertrag, der die Produktion von Spaltmaterial für Waffenzwecke verbietet, der sogenannte FMCT, in Gang kommt und ein solcher Vertrag abgeschlossen wird, würde auch der gesamte nukleare Komplex in den Kernwaffensaat unter die Überwachung der IAEA kommen, das wären schon mal beträchtliche Fortschritte vorwärts. Obama hat auch gesagt, er will alles tun, damit Amerika den umfassenden Teststoppvertrag ratifiziert. Dann würde China folgen, dann würde auch Indien folgen, und irgendwann auch Pakistan. Der Vertrag könnte in Kraft treten. Damit hätte man für die nächsten fünf bis 10 Jahre schon ein sehr reichhaltiges Programm, das sehr zielsicher und deutlich auf eine kernwaffenfreie Welt zuläuft.

Flocken: Zurück zur Überprüfungs-konferenz zum Nichtverbreitungsvertrag in New York. Ist es nicht ein Mangel oder ein Makel, dass die fünf offiziellen Atom-mächte, also die USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien nicht eine gemeinsame Initiative gestartet haben, um so an Glaubwürdigkeit zu gewinnen?

Müller: Gut, ich meine das hängt natürlich immer davon ab, wer regiert diese Länder. Frankreich ist im Moment immer noch sehr zurückhaltend. In der französischen Elite hat sich leider der Glaube festgesetzt, der internationale Status Frankreichs hänge am Kernwaffenbesitz. Ich halte das für eine Sinnestäuschung, aber es wird dort vielerorts geglaubt. China fühlt sich nach wie vor von den USA bedroht, hat größere Befürchtungen, was die amerikanischen Welt-raumpläne und die amerikanische Raketenabwehr angeht und ist deswegen entsprechend zurückhaltend, sich selber einzubringen, solange die russischen und amerikanischen Arsenale noch so groß sind. England ist gutwillig. Sie haben jetzt sicher gehört, dass hohe englische Militärs sogar gesagt haben, man könnte auf das Nachfolgemodell für das jetzige Atom-U-Boot Trident verzichten, was bedeuteten würde, dass Großbritannien einseitig abrüstet. Und wir haben noch Russland, das solange die NATO sich erweitert und die Amerikaner an Raketenabwehrplänen festhalten, auch zögerlich ist, zu tief hineinzuschneiden in die eigenen Arsenale, aber durchaus bereit ist, jetzt zunächst

noch mal einen weiteren Vertrag mit den Vereinigten Staaten zu schließen, der weitere Reduzierungen beinhaltet. Also, Atommächte sind eine sehr gemischte Familie. Und auch da muss man sagen: die Amerikaner unter Obama haben noch ein großes Programm vor sich, bis sie Staaten wie China oder Frankreich auf Linie haben. Aber sie arbeiten immerhin daran.

Flocken: Hätten aber nicht beispielsweise die Europäer oder auch die NATO-Staaten mit dem Abzug oder mit der Ankündigung eines Abzugs der taktischen US-Atomwaffen aus Europa ein Signal setzen können, dass man zu drastischen Abrüstungsschritten bereit wäre? Hätte man so nicht ein Signal der Glaubwürdigkeit auch auf dieser Überprüfungskonferenz setzen können?

Müller: Absolut. Ich hätte es auch begrüßt, wenn die Amerikaner von sich aus zu einer Doktrin des Nicht-Ersteinsatzes übergegangen wären, was sie nicht gemacht haben. Und ich fand es vollkommen richtig, dass die Bundesregierung sehr deutlich gemacht hat, dass sie für den Abzug der restlichen taktischen Kernwaffen aus Europa eintritt.

Flocken: Aber sie konnte sich nicht durchsetzen.

Müller: Sie konnte sich nicht durchsetzen. Aber das ist sicher eine Sache bei der man die dicken Bretter in der NATO weiter bohren muss. Es sind letztlich die kleinen osteuropäischen, jüngeren NATO-Mitglieder, deren Russlandangst sie dazu veranlasst hat, den Verbleib dieser Waffen in Europa zu fordern. Und die Vereinigten Staaten wollten da nicht einseitig über dieses Sicherheitsbedürfnis dieser Länder hinweggehen. Die Bundesregierung muss weiter versuchen, Allianz-Partner für diese Idee zu werben. Bei einigen ist das ja schon gelungen: Belgien, Niederlande, Luxemburg, Norwegen. Andere sind sicher zugänglich. Und man muss alles tun, und da sind wieder die USA gefordert, um den osteuropäischen Ländern klar zu machen, dass die Sicherheitsgarantie für sie unter allen Umständen gilt, ob nun diese Waffen in Europa sind oder nicht. Denn eine militärische Funktion haben die taktischen Atomwaffen nicht mehr. Das ist in der neuen amerikanischen Nukleardoktrin, der Nuclear Posture Review, eindeutig zum Ausdruck gekommen. Die Waffen sind auch aus amerikanischer Sicht verzichtbar und haben nur noch einen symbolischen und psychologischen Wert. Und daran kann man arbeiten.

Flocken: Aber ist der Preis dafür nicht hoch, dass durch so ein Versäumnis, ein Signal zu setzen Richtung Abzug taktischer Atomwaffen, möglicherweise ein

Erfolg der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages gefährdet wird?

Müller: Also ich glaube nicht, dass der Erfolg oder Misserfolg an dieser einen Sache hängt. Sicher wäre es förderlich gewesen, das jetzt zu tun. Aber schon die Tatsache, dass die Bundesregierung sich öffentlich dazu bekennt, ist natürlich ein Fortschritt, der in Jakarta oder in Manila auch registriert und positiv bewertet wird. Man hat vieles versäumt zwischen 2005 und heute. Man hat manches gemacht und die Bilanz ist für alle Seiten ausgesprochen gemischt. Deswegen ist eben mein Optimismus für den Ausgang der Konferenz auch relativ gedämpft.

Flocken: Es gibt inzwischen vier zusätzliche Atommächte neben den fünf offiziellen Atommächten. Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea sind Atommächte. Ist das nicht ein Hinweis, dass der Nichtverbreitungsvertrag immer mehr geschwächt wird, an Bedeutung verliert?

Müller: Also da müssen wir mal die historischen Abläufe genau anschauen. Indien, Pakistan und Israel sind schon ziemlich lange Atommächte. Indien 1974, Israel 1967, Pakistan 1983/84. Die Tatsache, dass Indien und Pakistan ihre großen Testserien erst 1998 durchgeführt haben, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie zu diesem Zeitpunkt schon über Arsenale verfügt haben. Also ist der einzige jüngere Kandidat, der innerhalb der letzten 25 Jahre dazugekommen ist, Nordkorea. Ein zusätzlicher Staat in einem viertel Jahrhundert, in einer Zeit, wo etwa 15 andere Staaten ihre Kernwaffenprogramme oder ihre ererbten Kernwaffen im Fall der Nachfolgestaaten der Sowjetunion aufgegeben haben, ist für den Vertrag doch eine ganz hervorragende Bilanz. Argentinien, Brasilien, Chile, Spanien, Algerien, Libyen, Irak, Ukraine, Kasachstan und Belarus, Jugoslawien, Rumänien. All diese Staaten haben in der Zeit Kernwaffenprogramme aufgegeben. Insofern ist diese Argumentation, gestützt auf einen einzigen Fall, statistisch nicht sehr überzeugend.

Flocken: Sie sagen ein einziger Fall. Fakt ist aber, dass Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea Atommächte sind. Sehen Sie denn Chancen, dass diese Staaten dem Nichtverbreitungsvertrag beitreten oder sich diesem Vertrag annähern?

Müller: Ich halte es im Falle Nordkoreas für möglich. Was Indien, Israel und Pakistan angeht, bin ich der Auffassung, dass diese Staaten ihre Kernwaffen

nur im Zuge einer Gesamtbewegung zur nuklearen Abrüstung aufgeben werden, die auch die fünf legalen Kernwaffenstaaten im NVV mit einbezieht. Sie werden nicht einseitig abrüsten und dem NVV als Nichtkernwaffenstaaten beitreten, sondern sie werden das nur tun, wenn der Abrüstungsprozess wirklich alle erfasst.

Flocken: Sollte nun der Iran oder sollten auch andere Staaten wie Ägypten und Saudi-Arabien in den nächsten 10 Jahren Atommächte werden. Wäre das nicht das Ende des Nichtverbreitungsvertrages?

Müller: Das ist durchaus denkbar. Wenn von den iranischen Aktivitäten ein klares Proliferationssignal im Nahen- und Mittleren Osten ausgeht, dann würden wir in einer anderen, immens viel gefährlicheren Welt leben. Übrigens ist das eines der Grundmotive, die die Obama-Regierung treibt bei ihrem Versuch, das Ziel der nuklearen Abrüstung voranzubringen. Also die ganze Iran-Frage ist eine Schlüsselfrage in der weiteren Entwicklung der Weiterverbreitung oder Nichtverbreitung von Kernwaffen und damit eben auch der nuklearen Abrüstung. Ich bin persönlich allerdings auch der Meinung, dass je näher der Iran der Bombe kommt, um so größer auch das Risiko wird, dass der davon am meisten bedrohte Staat, nämlich Israel, das Schicksal in die eigenen Hände nehmen wird.

Flocken: Wenn die Überprüfungskonferenz in New York Ende des Monats beendet wird, was muss konkret geschehen sein, um sagen zu können, diese Konferenz war ein Erfolg, der Nichtverbreitungsvertrag ist gestärkt worden?

Müller: Wir brauchen ein Aktionsprogramm für die nächsten fünf Jahre, das alle treibt, die Pfeiler des Vertrages zu bedienen, nämlich Abrüstung, Nichtverbreitung und die sichere friedliche Nutzung der Atomenergie bedient. Wenn es nicht gelingt, das in einer einvernehmlichen Schlusserklärung am Ende der Konferenz festzustellen, weil eine Minderheit von Staaten die Sache blockiert, dann muss man ein solches Dokument in die Vollversammlung der Vereinten Nationen geben. Dort wird mit Mehrheit darüber abgestimmt. Eine Zweidrittel-Mehrheit könnte man dort mit Sicherheit erreichen, und damit wäre ein solches Aktionsprogramm für die Völkergemeinschaft auch festgehalten und das wäre tatsächlich ein äußerst nützlicher Schritt vorwärts.

* * *

Flocken

Professor Harald Müller von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung über die Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages in New York.

Russland hat seit Anfang des Jahres eine neue Militärdoktrin. Moskau glaubt, damit angemessen auf neue Bedrohungen und Gefahren reagieren zu können. Doch welche Auswirkungen hat die Neuformulierung auf den Abrüstungsprozess? Insbesondere auf Bemühungen, die taktischen Atomwaffen zu reduzieren? Werden Abrüstungsverhandlungen nun schwieriger oder sogar einfacher? Jerry Sommer ist diesen Fragen nachgegangen:

Manuskript Jerry Sommer

Anfang Februar unterschrieb der russische Präsident Medwedjew die seit langem erwartete neue russische Militärdoktrin. Zuletzt war diese vor zehn Jahren überarbeitet worden. Wie damals geht auch die neue Doktrin davon aus, dass ein großflächiger Angriff auf Russland wenig wahrscheinlich ist. Hingegen seien andere militärische Gefahren gewachsen. Allein fünf dieser Risiken beziehen sich auf die NATO und die USA. Als mögliche Gefahren werden genannt:

- die Ausweitung der NATO Richtung Osten,
- die Stationierung von US-Truppen in russischen Nachbarstaaten
- sowie die amerikanischen Pläne für eine Raketenabwehr und eine Militarisierung des Weltraums.

NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hat die Einschätzung, von der Allianz gehe eine Gefahr für Russland aus, zurückgewiesen. Eine solche Wahrnehmung entspreche veraltetem Denken. In Russland allerdings sieht man das anders, erklärt Anatoly Dijakow, der Direktor des „Zentrums für Rüstungskontrolle, Energie und Umwelt“ des Moskauer Physikinstituts:

O-Ton Dijakow (overvoice)

„Die NATO ist ein Militärbündnis. Es ist näher und näher an die russischen Grenzen herangerückt. Es hat seine Politik nicht verändert. Deshalb hat Russland einige Sorgen hinsichtlich der NATO. Denn nur die NATO kann Russland tatsächlich gefährlich werden. Das ist die Realität.“

Trotz dieser russischen Wahrnehmung ist die NATO in der neuen Moskauer Militärdoktrin nicht als Feind und nicht einmal als Bedrohung eingestuft worden. Ein wichtiger Unterschied, sagt Götz Neuneck vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik:

O-Ton Neuneck

„Trotzdem ist man nicht so weit gegangen und hat gesagt, es geht von der NATO eine Bedrohung aus, sondern man hat es eben lediglich als eine ‚Gefahr‘ angesehen. Also ein Potenzial, was da ist und was ausbrechen könnte.“

Die russischen Nuklearwaffen sind laut der neuen Militärdoktrin ein – so wörtlich - „wichtiger Faktor, um Nuklearkriege sowie großflächige und regionale Kriege zu verhindern“. Insbesondere sollen Atomwaffen die strategische Stabilität gegenüber den USA sichern. Ihre Einsatzmöglichkeiten werden folgendermaßen definiert:

Zitat Militärdoktrin

„Die russische Föderation behält sich das Recht vor, Nuklearwaffen als Antwort auf den Einsatz von nuklearen oder anderen Massenvernichtungswaffen gegen sich und ihre Bündnispartner sowie als Antwort auf eine Aggression gegen die Russische Föderation mit konventionellen Mitteln einzusetzen, wenn diese die Existenz des Staates insgesamt bedroht.“

Bisher war der Atomwaffeneinsatz laut der Militärdoktrin schon möglich, wenn nur eine - wie es hieß - „kritische Situation“ für Russlands Sicherheit bestand. Die Rolle von Atomwaffen wird in der neuen russischen Militärdoktrin somit ein wenig herabgestuft, sagt Anatoly Dijakow, vom Moskauer „Zentrums für Rüstungskontrolle, Energie und Umwelt“:

O-Ton Dijakow (overvoice)

„Mit der neuen Doktrin stützt sich Russland weniger auf Nuklearwaffen. Im Verhältnis zur vorherigen Doktrin werden die Nuklearwaffen auch nicht so oft erwähnt. Ich gehe davon aus, dass Russland Nuklearwaffen nur als politische Waffen, nicht als Waffen für das Gefechtsfeld betrachtet.“

Allerdings sind für Russland Atomwaffen nicht reine Vergeltungswaffen, mit denen ausschließlich auf einen nuklearen Angriff reagiert werden soll. Ebenso wie die USA behält sich auch Russland vor, Atomwaffen gegebenenfalls als erstes Land einzusetzen. Das wird u.a. mit der Überlegenheit der NATO bei

den konventionellen Streitkräften in Europa sowie dem weiten Vorsprung vor allem der USA bei hochmodernen Waffensystemen begründet. Damit übernimmt Russland Argumentationsmuster, die der Westen zu Zeiten des Kalten Krieges verwendet hat. Götz Neuneck vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik:

O-Ton Neuneck

„Die NATO hat während des Kalten Krieges immer wieder gesagt, sie wolle auch taktische Nuklearwaffen einsetzen gegenüber den konventionell überlegenen Warschauer-Pakt-Streitkräften. Diese Argumentation hat inzwischen die russische Föderation angenommen. Das heißt, es wird gesagt, taktische Nuklearwaffen können eben auch eine konventionelle Überlegenheit eines Gegners – es kann eigentlich nur die NATO gemeint sein – tatsächlich ausgleichen.“

Anders als in der Nationalen Sicherheitsstrategie Russlands von 2008 wird in der neuen Militärdoktrin das Ziel einer atomwaffenfreien Welt nicht benannt. Auch werden Möglichkeiten weiterer nuklearer Abrüstung - über den im April vereinbarten Neuen START-Vertrag zwischen Russland und den USA über strategische Atomwaffen hinaus - nicht erörtert, allerdings auch nicht ausgeschlossen.

Russland besitzt gegenwärtig etwa 2.000 einsatzfähige sogenannte taktische Atomwaffen. Diese haben eine Reichweite von mehreren hundert Kilometern. Gelagert werden sie in zentralen Depots in Russland.

Die NATO hat in Europa etwa 200 taktische US-Atomwaffen stationiert. Die christlich-liberale Bundesregierung fordert im Koalitionsvertrag, den Abzug der vermutlich circa 20 US-Atombomben aus Deutschland. Denn diese haben keinerlei militärische Funktion mehr.

Erste Diskussionen in der NATO allerdings zeigten, dass nicht alle NATO-Staaten bereit sind, auf US-Atomwaffen in Europa zu verzichten. Bei dem jüngsten NATO-Außenministertreffen in Estland hat US-Außenministerin Clinton betont, dass diese taktischen US-Atomwaffen nur reduziert würden, wenn auch Russland entsprechende Schritte unternahme. Moskau hingegen weist auf die konventionelle Überlegenheit der NATO hin und betont, dass die USA

als einziges Land der Welt ihre Atomwaffen auch in fremden Ländern gelagert haben. Der Ball ist im Feld der NATO, meint der russische Rüstungsexperte Anatoly Dijakow:

O-Ton Dijakow (overvoice)

„Russland hat signalisiert, dass es bereit ist, über die Verminderung von taktischen Atomwaffen zu verhandeln. Allerdings wartet Russland darauf, dass erst einmal alle US-Atomwaffen aus Europa abgezogen werden.“

Kompliziert werden auch Folgeverhandlungen über die weitere Abrüstung von strategischen Atomwaffen, zumal noch nicht gesichert ist, dass der neue START-Vertrag im US-Senat tatsächlich die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit erhält.

Auch nach Erfüllung dieses Vertrages werden Russland und die USA jeweils fast 2.000 einsatzbereite Atomsprengköpfe besitzen. Russland ist zwar nicht gegen eine weitere Verminderung dieser Arsenale. Aber Moskau möchte unbedingt seine nukleare Zweitschlagsfähigkeit gegenüber den USA erhalten. Die Zweitschlagsfähigkeit sieht man in Moskau unter anderem durch einen Ausbau der amerikanischen Raketenabwehr gefährdet. Die russische Sorge schildert Anatoly Dijakow:

O-Ton Dijakow (overvoice)

„Man könnte sich eine Situation vorstellen, in der in Washington jemand meint: ‚Okay, wir haben Raketenabwehrsysteme, jetzt können wir Russland oder eine andere Nuklearmacht angreifen ohne ihre Antwort fürchten zu müssen.‘ Damit wird die strategische Stabilität entwertet. Deshalb ist Russland gegen strategische Raketenabwehrsysteme.“

Damit die US-Raketenabwehrpläne nicht zu einem Hindernis weiterer nuklearer strategischer Abrüstung werden, sieht der Hamburger Konfliktforscher Götz Neuneck nur einen Ausweg: Russland und die USA müssen einen neuen „Anti Ballistic Missiles“ (ABM) -Vertrag aushandeln. Einen solchen Raketenabwehrvertrag hatten die USA und die Sowjetunion 1972 vereinbart. US-Präsident Bush kündigte das Abkommen allerdings 2002. Götz Neuneck:

O-Ton Neuneck

„Der ABM-Vertrag hat die nukleare strategische Raketenabwehr begrenzt. Er hat sie nicht verboten, er hat gesagt: unter dem Verhältnis dieser damaligen beiden Supermächte, dürfen beide Seiten zum Beispiel 100 Interzeptoren haben. Und diese Begrenzung braucht man auch in Zukunft, um weitere strategische Abrüstung möglich zu machen.“

In Washington lehnen jedoch vor allem die Republikaner jegliche Einschränkungen bei der Raketenabwehr ab.

Die US-Pläne sowie die Bedrohungswahrnehmung Moskaus, die in der neuen russischen Militärdoktrin zum Ausdruck kommt, stehen sich diametral gegenüber. Eine Einigung ist aber die Voraussetzung für eine weitere Reduzierung der strategischen Atomwaffen. Ein Kompromiss ist noch nicht in Sicht.

* * *

Flocken:

Verteidigungsminister zu Guttenberg hat im vergangenen Monat eine Kommission eingesetzt, die den Auftrag hat, die Strukturen der Bundeswehr zu überprüfen. Die Streitkräfte sollen moderner und effizienter werden. Auf den Prüfstand kommen dürfte dabei auch die Rolle der rund 100.000 Zivilbeschäftigten der Bundeswehr. Schon vor Jahren war festgelegt worden, ihre Zahl erheblich zu reduzieren. Ein nicht ganz einfaches Vorhaben. Patrick Rohmann berichtet:

Manuskript Patrick Rohmann

Zur Bundeswehr gehören nicht nur Soldaten, sondern auch Zivilisten. Schließlich geht auch bei den Streitkräften nichts ohne einen Behördenapparat. Das deutsche Grundgesetz sieht eine Zivilverwaltung für die Bundeswehr ausdrücklich vor. Sie soll sich um das Personal, aber auch um die Ausstattung der Soldaten kümmern, zur „unmittelbaren Deckung des Sachbedarfs der Streitkräfte“, wie es in der Verfassung unter Artikel 87b heißt. Logisch erscheint also, dass mit einem niedrigeren Umfang an Soldaten auch ein geringerer Bedarf beim Zivilpersonal einhergeht. Wenn die Bundeswehr heute von der „ständigen Anpassung der Armee zur Erhöhung ihrer Einsatzfähigkeit“ spricht, verbinden sich damit in der Praxis häufig Umstrukturierungsmaßnahmen, Standortschließun-

gen und Stellenkürzungen. Von diesem sogenannten Transformationsprozess ist auch der zivile Bereich betroffen. Während man bei der Truppenstärke inzwischen den für 2010 angepeilten Zielumfang von 250.000 Soldaten erreicht hat, stößt das Bundesverteidigungsministerium bei der Reduzierung des Zivilpersonals scheinbar noch auf größeren Widerstand. 80.000, so lautete vor zehn Jahren die Vorgabe des damaligen Verteidigungsministers Rudolf Scharping. Dieser Bedarf wurde von seinem Nachfolger im Amt, Peter Struck, noch einmal um 5.000 Stellen nach unten korrigiert. Im Oktober 2003 hatte Minister Struck eine Verringerung der zivilen Dienstposten auf 75.000 bis 2010 angeordnet. Doch heute, im letzten Jahr zur Einnahme der sogenannten Zielstruktur 2010, sind noch immer rund 105.000 zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Bundeswehr beschäftigt. 30.000 zu viel also. Warum konnte der angestrebte Personalabbau bisher nicht erreicht werden? Auf eine entsprechende Anfrage bleibt das Verteidigungsministerium eine Antwort schuldig. Stattdessen teilt man mit:

Zitat

„Die Dienstposten der Zielstruktur sind nach Anzahl und Dotierung weitestgehend ausgeplant. Die tatsächliche Einnahme dieser Struktur ist zum 31. Dezember 2010 vorgesehen. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen sind größtenteils bereits abgeschlossen.“

Was also die ganzen Jahre sehr schleppend verlief, soll nun innerhalb der kommenden Monate möglich werden: der Abbau von rund 30.000 Beschäftigten. Mit „abgeschlossenen Maßnahmen“ meint das Verteidigungsministerium in erster Linie zwei besonders arbeitnehmerfreundliche Regelungen aus einem Tarifvertrag, den Rudolf Scharping als Verteidigungsminister 2001 mit den Zivilangestellten abgeschlossen hat. Aus dem Verteidigungsministerium heißt es dazu weiter:

Zitat:

„Die Bundeswehr beschäftigt augenblicklich rund 104.800 zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Davon haben bereits rund 22.000 eine Altersteilzeitvereinbarung oder die Härtefallregelung nach dem Tarifvertrag über sozialverträgliche Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Bundeswehr vom 18. Juli 2001 abgeschlossen und werden absehbar ausscheiden.“

„Absehbar ausscheiden“ – soll heißen, bis Ende des Jahres. Die Möglichkeit der sogenannten Altersteilzeitvereinbarung ist bereits zum Ende 2009 ausgelaufen. Das wesentliche Instrument, das dem Ministerium nun noch bleibt, um den Angestellten ein Ausscheiden aus dem Dienst schmackhaft zu machen, ist die Härtefallregelung. Das heißt: bei 28 Prozent Minderung ihres letzten Bruttogehalts können Arbeitnehmer ab dem 55. Lebensjahr aus dem Dienst ausscheiden. Die Stelle im Verteidigungshaushalt gilt dann als „gekürzt“. Was das für die betroffenen Zivilangestellten bedeutet, erklärt der Gewerkschaftsvorsitzende Helmut Lammers vom Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr:

O-Ton Lammers

„Die kriegen also 72 Prozent, werden dann vom Dienst freigestellt. Das heißt also, die werden nicht entlassen oder gehen völlig aus dem Dienst raus. Die werden von der Arbeit freigestellt, von der Arbeitsleistung freigestellt und bleiben zu Hause.“

Diese Regelung ist von vielen Zivilangestellten in Anspruch genommen worden. Aus der Sicht des Gewerkschafters ist die Art und Weise, wie in der Vergangenheit Zivilpersonal reduziert wurde, ein Erfolg. Helmut Lammers ist zufrieden:

O-Ton Lammers

„Ich muss hier wirklich auch ein Kompliment aussprechen. Alle Dienstposten die abgebaut wurden, die wurden unter sozialverträglichen Perspektiven abgebaut. Es wurde keiner entlassen, es wurden keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen.“

Allerdings kostet diese sozialverträgliche Reduzierung der Stellen viel Geld. Dabei hatte sich das Verteidigungsministerium vom Abbau des Zivilpersonals eigentlich Einspareffekte erhofft. In der Konzeption der Bundeswehr, die Peter Struck 2004 erlassen hat, heißt es:

Zitat

„Die mit der Umstrukturierung verbundene Reduzierung des Personalumfangs wird auch zu einer Senkung der Personalkosten führen, wodurch Mittel für verteidigungsinvestive Ausgaben frei werden.“

Zu solchen investiven Ausgaben würde etwa die Beschaffung weiterer in der Truppe dringend benötigter Transporthubschrauber zählen. Doch, dass durch den Abbau von Zivilbeschäftigten Mittel freigesetzt werden, ist unwahrscheinlich. Die Vorsitzende im Verteidigungsausschuss des Bundestages, Susanne Kastner von der SPD, glaubt allerdings an ein Einsparpotenzial:

O-Ton Kastner

„Wenn es uns gelingt, auf 75.000 runter zu gehen, dann haben wir Geld im Verteidigungshaushalt übrig und das können wir in anderen Bereichen einsetzen.“

Noch bevor der Bundeshaushalt im März offiziell verabschiedet wurde, hat das Verteidigungsministerium auf Anfrage allerdings eingeräumt:

Zitat

„Bei allen Bemühungen, die Betriebsausgaben in einer Armee im Einsatz zu senken, muss jetzt mit dem Haushaltsentwurf 2010 festgestellt werden, dass die geringen Ausgabenreduzierungen im Bereich der Personalausgaben durch steigende Materialausgaben wieder zunichte gemacht werden. Somit entstehen keine finanziellen Spielräume für Investitionen, insbesondere nicht vor dem Hintergrund eines nahezu gleichbleibenden Verteidigungshaushaltes und eines unabänderlichen Aufwuchses bei den Versorgungsausgaben.“

Die Personalausgaben für die zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr beliefen sich im vergangenen Jahr auf rund 4,3 Milliarden Euro. Für das laufende Jahr wird nahezu unverändert mit Kosten in Höhe von 4,2 Milliarden Euro gerechnet – obwohl die Zahl der Angestellten abnimmt.

Angesichts dieser Fakten sind die Erwartungen an die Strukturkommission, die Verteidigungsminister zu Guttenberg jetzt eingesetzt hat, groß. Sie soll bis zum Ende des Jahres unter anderem Vorschläge zum Bürokratieabbau und zur Straffung der Verwaltung erarbeiten. Daraus könnte sich auch ein echter Beitrag zur Senkung der Personalkosten ergeben. Obwohl von offizieller Seite zuletzt immer wieder versichert wurde, dass man an der Marke von 75.000 Zivilangestellten nicht rütteln wolle, sind die Mitarbeiter besorgt:

O-Ton Lammers

„Die Frage lautet: Was passiert denn jetzt schon wieder? Was will diese Struktur? Will die noch mehr ziviles Personal? Man sprach gerüchteweise von einer Agenda 2015. Wo man gesagt hat, wir gehen auf 64.000 Dienstposten zurück.“

Außerdem beklagen sich die Angestellten darüber, dass viele von ihnen bereits zwei oder drei Auflösungen ihrer Dienststelle erlebt hätten. Dies verlange den Arbeitnehmern viel ab, wie zum Beispiel mehrfache Wohnortwechsel oder sehr weite Wege zum Arbeitsplatz. Von bis zu 250 Kilometern pro Tag ist da die Rede. Schließlich wird der Umstand kritisiert, dass in der Vergangenheit noch keine Bundeswehrstruktur wirklich zu Ende gebracht worden sei. Doch daran wird sich wohl auch in Zukunft nichts ändern. Im Weißbuch 2006 ist im Kapitel zur Transformation die Rede von einem – so wörtlich - „fortlaufenden Prozess zur Anpassung an die sich ständig verändernden Rahmenbedingungen“. Die Festlegung auf einen konkreten Endzustand wird also bewusst gemieden. Gut möglich, dass demnächst also noch weitere Stellen in der Bundeswehrverwaltung abgebaut werden.

* * *

Flocken:

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie auch als Podcast herunterladen: unter ndrinfo.de. Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann jeweils das aktuelle Manuskript der Sendung kostenlos per E-Mail zu. Am Mikrofon verabschiedet sich Andreas Flocken.